

Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 11.02.2020

Unwürdige Stromsperrern effektiv bekämpfen!

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. äußert sich Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz:

„Stromsperrern sind eine unfassbar unwürdige Maßnahme. Die Versorgung mit Energie ist in unserer Gesellschaft ein Grundbedürfnis. Wenn einzelnen Haushalten der Strom abgestellt wird, sehen sich die betroffenen Menschen mit gesellschaftlicher Ausgrenzung und einer Beeinträchtigung Ihrer Gesundheit konfrontiert. Ohne Strom gibt es kein Licht, kein warmes Essen und kein warmes Wasser. Ohne Energie fehlt es an den alltäglichsten Dingen.

Während die Strompreise seit 2007 um 59% gestiegen sind, sind die Löhne und Gehälter in der Bundesrepublik um 28% gestiegen—dabei aber vor allem im oberen Einkommensbereich. Die unteren Einkommensschichten zeigen fast keine Steigerung bis hin zur Senkung des Einkommens. Und auch bei den Regelsätzen des ALG 2 ist der für Energieversorgung festgeschriebene Anteil nur um 27% gestiegen.

Kein Wunder also, dass es Menschen unter diesen Umständen schwer fallen kann, ihre Energieversorgung zu finanzieren. Die Stadt Osnabrück hat das Problem zwar erkannt und bietet Darlehen für betroffene Menschen an. Allerdings funktioniert dieses Programm nicht wirklich. So haben Anfragen unserer Fraktion gezeigt, dass es im Jahr 2016 zu 558 Stromsperrern kam. Lediglich 137 Anträge auf ein Darlehen wurden gestellt, von denen dann sogar nur 102 übernommen wurde. Im Jahr 2017 ein vergleichbares Bild: 641 Stromsperrern, 103 Anträge und nur 78 Übernahmen. Und auch in den vergangenen zwei Jahren bleibt das Bild nahezu unverändert: Im Jahr 2018 kam es zu 743 Stromsperrern, 103 gestellten Anträgen und 82 Übernahmen. Im Jahr 2019 gab es 503 Stromsperrern, bei 84 gestellten Anträgen und 60 Übernahmen.

Es ist an der Zeit dieses Programm auf den Prüfstand zu stellen und zu verbessern! Unser Antrag zur heutigen Ratssitzung zielt genau darauf ab. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Maßnahmen gegen Stromsperrern zu evaluieren und die Ergebnisse in einem Workshop mit Vertreter*innen der Verwaltung, Politik, Stromgesellschaften und Vereinen und Verbänden zu diskutieren und Verbesserungen zu erarbeiten. Das Ziel muss sein, dass es in Zukunft in unserer Stadt keine unwürdigen Stromsperrern mehr gibt!“

Keine Streichung der Fördermittel für die Flüchtlingshilfe

Zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und Bündnis 90/Die Grünen äußert sich Heidi Reichinnek:

„Wir wollen in der heutigen Ratssitzung einen deutlichen Appell an die Landesregierung senden: Keine Streichung der Fördermittel für die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe! Die Landesregierung torpediert mit ihrem Vorhaben die so wichtige und hervorragende Arbeit von Ehrenamtlichen vor Ort. Die Integration von geflüchteten Menschen ist noch lange nicht abgeschlossen, sondern ein fortdauernder Prozess. Zu argumentieren, es dass die Zahl neu ankommender Geflüchteter sinken würde, ist daher glatter Hohn – speziell wenn man bedenkt, wie die Bundesregierung sich diese sinkenden Zahlen erkaufte. Wir sind auf das ehrenamtliche Engagement angewiesen, die öffentliche Hand war mit den entstehenden Aufgaben überfordert und sollte dankbar sein für alles, was ehrenamtlich geleistet wurde. Eine Streichung der Fördermittel ist ein fatales Signal und darf nicht umgesetzt werden!

Es kann nicht sein, dass das Land sich hier mal wieder aus der Verantwortung nimmt und die Last bei den Kommunen abwirft—wir brauchen diese finanzielle Unterstützung aus dem Landeshaushalt!“

Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 11.02.2020

Erschließungsstraße für Wohn- und Wissenschaftspark darf nicht gebaut werden!

Zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE., Bündnis 90/Die Grünen und FDP äußert sich Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Stegewentz:

„Die Verkehrspolitik der Stadt hat sich in den letzten Jahren deutlich geändert. Wir sind endlich dabei, einen anderen Blick auf die Mobilität zu entwickeln und den ÖPNV und Radverkehr in den Vordergrund unserer Entscheidungen zu rücken. Auf diesem Weg sollten wir bleiben, um eine nachhaltige und zukunftsfähige Mobilität in unserer Stadt zu entwickeln und zu etablieren.

Mit der geplanten Erschließungsstraße gehen Verwaltung und Osnabrücker GroKo aber leider wieder genau in die andere Richtung. Wir brauchen nicht mehr ausgebaute Straßen für den motorisierten Individualverkehr–und das auch noch gegen den „Sturmlauf der Einwohner*innen im Wohn- und Wissenschaftspark, die stattdessen den Ausbau von Radwegen und dem ÖPNV fordern.

Gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und der FDP fordern wir den Bau zurückzustellen und stattdessen eine Fuß- und Radverbindung zu planen und umzusetzen.

Die Reaktionen aus der Bevölkerung in den letzten Tagen zeigen uns deutlich, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Wir fordern CDU und SPD auf, die Pläne der Westumgehung ein für alle mal im Papierkorb zu entsorgen und den Weg zu einer nachhaltigen Mobilitätswende einzuleiten.“

30 Jahre Wiedervereinigung–Bürger*innenfest mit Fokus auf die Bürger*innenrechtsbewegung

Zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. äußert sich Heidi Reichinnek:

„Die Idee eines Bürger*innenfest zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung finden wir begrüßenswert. Gerade mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen, darf es dabei jedoch nicht bei einer reinen Feierveranstaltung bleiben. Das Fest muss den Fokus auf die Bürger*innenrechtsbewegung legen, die die Wiedervereinigung auf friedliche Art und Weise ermöglicht hat.

Eine Zusammenarbeit mit unserer Partnerstadt Greifswald ist dabei wünschenswert und sollte genutzt werden, um Zeitzeug*innen einzuladen, um so ein realistisches Bild dieser turbulenten Zeit und vor allem auch der Auswirkungen der Wiedervereinigung auf die ostdeutschen Bundesländer, z.B. durch das Agieren der Treuhand, zu zeichnen.“